

Ausgabe 10/2016



Interessierte Bürgerinnen und Bürger können den Newsletter im Wahlkreisbüro von Svenja Stadler (siehe Impressum) zum regelmäßigen Bezug per E-Mail bestellen.

„Stadler im Gespräch“ in Tostedt

Der Bürgerdialog „Stadler im Gespräch“ kommt am Dienstag, **2. August 2016, um 19.30 Uhr** nach Tostedt. Ort: Bostelmann's Hotel, Unter den Linden 1. Die Abgeordnete freut sich dort auf interessante Diskussionen über die Bundespolitik.

Für ein Europa mit Zukunft

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,

die letzten Wochen waren turbulent für Europa. Der Ausgang des Brexit-Referendums hat viele von uns überrascht und einige Fragen aufgeworfen. Die Befürworter des Brexit haben in einer aufgeheizten Debatte uneinlösbare Versprechungen gemacht und sich dann zum Großteil aus der Verantwortung gestohlen. Es bleibt abzuwarten, wie die neue britische Premierministerin Theresa May den Austrittsprozess ihres Landes gestalten wird.

Fest steht, dass das politische Chaos in Großbritannien einen Warnschuss für uns alle in Europa darstellt: Die Rückkehr zum Nationalismus ist eine gefährliche Entwicklung, die Gesellschaften spaltet und schwächt. Aber klar ist: Damit das einzigartige Projekt eines freien und solidarischen Zusammenlebens in Europa nicht scheitert, muss es mit Leben gefüllt werden.

In einem vereinten Europa müssen die Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt stehen, Wohlstand und ein gutes Leben dürfen keine leeren Versprechen bleiben. Europa muss

besser werden beim Kampf gegen Steuerflucht und Arbeitslosigkeit. Und es muss sich auf eine gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik verständigen und mehr investieren in Wachstum, Sicherheit und moderne Daten- und Verkehrsnetze.

Gerade jetzt braucht Europa starke, handlungsfähige Institutionen. Es war nicht die Europäische Union, sondern es waren viele europäische Staats- und Regierungschefs, die in der Flüchtlingskrise ihre Unfähigkeit bewiesen haben, über den nationalen Tellerrand zu schauen und gemeinsame Lösungen zu vereinbaren. Wenn sich jetzt wieder Nationalismus und nationalstaatliches Denken in Europa durchsetzen, dann wird es jedem einzelnen Land schlechter gehen als vorher. Das dürfen wir nicht zulassen.

Aber wenn nur diejenigen kämpfen, die Europa nicht wollen, dann wird es Europa bald nicht mehr geben. Lassen Sie uns deshalb gemeinsam für ein besseres und stärkeres Europa kämpfen.

Ihre

Was ist eigentlich – ein Fristverzicht im Bundestag?

Anders als im Grundgesetz sind in der Geschäftsordnung des Bundestages (GOBT) Fristen für die Beratung von Gesetzentwürfen vorgesehen: In §78 Absatz 5 GOBT heißt es: „Soweit die GOBT nichts anderes vorschreibt oder zulässt, beginnen die Beratungen der Vorlagen frühestens am dritten Tage nach Verteilung der Drucksachen.“ Die zweite Frist ist in §81 GOBT festge-

schrieben: „Sie (die Beratung) beginnt am zweiten Tag nach Verteilung der Beschlussempfehlung.“ Notfalls können Gesetzentwürfe aber auch schneller beraten werden. Hierfür müssen mindestens zwei Drittel der Abgeordneten einem Fristverzicht zustimmen. In der Praxis werden Absprachen über Fristen fast immer einvernehmlich zwischen allen Fraktionen beschlos-

sen. Bekanntestes Beispiel, bei dem das Verfahren zuletzt angewendet wurde, waren die Finanzhilfen für Griechenland ab 2010. Es ist sogar möglich, ein Gesetz innerhalb eines Tages zu beraten und zu beschließen – wenn ein Antrag am Vortag beim Bundestagspräsidenten eingeht und alle Fraktionen einverstanden sind. Das ist bisher allerdings noch nie vorgekommen.

Bundesjustizminister in Buchholz



Heiko Maas und Svenja Stadler bei der Gesprächsrunde im Integrationsbüro.

Für den Startschuss in den Kommunalwahlkampf präsentierte der SPD-Ortverein Buchholz einen Hochkader der Bundespolitik: Justizminister Heiko Maas folgte der Einladung der Nordheide-Genossen und besuchte gemeinsam mit Svenja Stadler die Flüchtlingsunterkunft in der Bremer Straße. Anschließend tauschte er sich im angeschlossenen Integrationsbüro mit Mitgliedern des Bündnisses für Flüchtlinge, Vertreterinnen des Integrationsbüros, der Betreuerin der Unterkunft sowie mit Bürgermeister Jan-Hendrik Röhse und dem Ersten Stadtrat Dirk Hirsch aus.

„Die Integration der Flüchtlinge ist und bleibt auch kommunalpolitisch eines der wichtigsten Themen“, sagte Wolfgang Passig, Vorsitzender des Buchholzer Ortsvereins. Der Minister verschaffte sich vor Ort einen Einblick in die haupt- wie ehrenamt-

liche Flüchtlingshilfe und erhielt eine Menge Feedback von den Verantwortlichen. Trotz aller Probleme und Hemmnisse, die es vor allem in der Bearbeitung von Asylanträgen gebe, sei es gut zu sehen, wie wunderbar die Arbeit mit den Flüchtlingen vielerorts laufe – so auch in Buchholz, betonte Maas. „Vom humanitären Gesichtspunkt aus hat Deutschland europaweit mit am meisten getan bei der Aufnahme von Flüchtlingen.“ Eine logische Folge

dieser großzügigen Willkommenskultur sei es, dass es verwaltungstechnisch zu Staus komme.

Am Wichtigsten finde er aber, so der Justizminister in aller Deutlichkeit, dass wir den rechten Stimmungsmachern die Stirn bieten. Er sei sich sicher, dass die schweigende Mehrheit weder fremdenfeindlich, rassistisch oder antidemokratisch ist. Aber es sei notwendig, dass diese Mehrheit ihr Schweigen bricht, um den Hass zu übertönen.



Wolfgang Passig (r.) und Gudrun Eschment-Reichert vom Ortsverein Buchholz freuten sich gemeinsam mit Svenja Stadler über den Besuch von Bundesjustizminister Heiko Maas.

Bei der Polizei im Museum und in der Nachtschicht

Als Teilnehmerin einer vom Ortsverein Hanstedt organisierten Exkursion für 50 Gäste zum Polizeimuseum in Hamburg erhielt auch Svenja Stadler einen musealen Einblick in die Arbeit der Polizei. „Es war unser Ziel, unsere jährlichen Ausfahrten einmal anders zu gestalten und das Angebot zu nutzen, in



Nach dem Besuch im Polizeimuseum berichtet Svenja Stadler im Landhaus Walter im Hamburger Stadtpark von ihrer Arbeit im Deutschen Bundestag.

die Hamburger Kriminalgeschichten einzutauchen“, sagt der Hanstedter OV-Vorsitzende Manfred Lohr.

Bei einer Nachtschicht zwei Tage zuvor bei der Polizei Buchholz tauchte die Bundestagabgeordnete in die aktuelle Arbeit der Kriminalen ein und begleitete als „Praktikantin“ die Beamten. „Diese Tuchfühlung ist mir ganz wichtig“, so Stadler. „Nur so kann ich annähernd einschätzen, wie der Arbeitsalltag bei der Polizei aussieht.“

Verbot für unkonventionelles Fracking

Gut ein Jahr lagen die Gesetzentwürfe zur Regulierung des Fracking und der Erdgasförderung auf Eis. Jetzt haben sich die Koalitionsfraktionen geeinigt und unter anderem ein Verbot von unkonventionellem Fracking beschlossen – dem Bohren nach Gas und Öl in Schiefergestein. Dazu Svenja Stadler: „Diese Einigung war überfällig. Fracking, wie wir es zum Beispiel aus den USA kennen, wird es nach diesem Beschluss in Deutschland nicht geben.“

Darüber hinaus werde das konventionelle Fracking, wie es seit Jahrzehnten in Niedersachsen praktiziert wird, zum Schutz von Mensch und Umwelt zukünftig strenger reglementiert. Zu wissenschaftlichen Zwecken kann

das unkonventionelle Fracking jedoch zugelassen werden: an maximal vier Stellen und unter der Voraussetzung, dass das jeweilige Bundesland zustimmt. Es ist abzusehen, dass jedes Bundesland die Länderklausel ziehen und damit Probebohrungen verhindern wird.

„Außerdem, und das ist gut so, hat der Deutsche Bundestag am Ende

der wissenschaftlichen Forschung das letzte Wort“, betont die Bundestagsabgeordnete. Im vor einem Jahr eingebrachten Gesetzentwurf sei dafür

Unkonventionelles Fracking – wie aus den USA bekannt – wird es in Deutschland nicht geben.

eine Expertenkommission vorgesehen gewesen, die jetzt lediglich eine beratende Rolle einnimmt. „Das ist ein Erfolg der SPD-Verhandlungsführer.“

Ebenso die Regelung für die öffentliche Wasserversorgung: In allen Einzugsgebieten von Wasserentnahmestellen sowie in Talsperren und natürlichen Seen, die zur öffentlichen

Wasserversorgung dienen, außerdem in Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebieten ist Fracking jeglicher Art generell ausgeschlossen. Der

Schutz des Trinkwassers und der Gesundheit hat bei der gefundenen Regelung absoluten Vorrang.

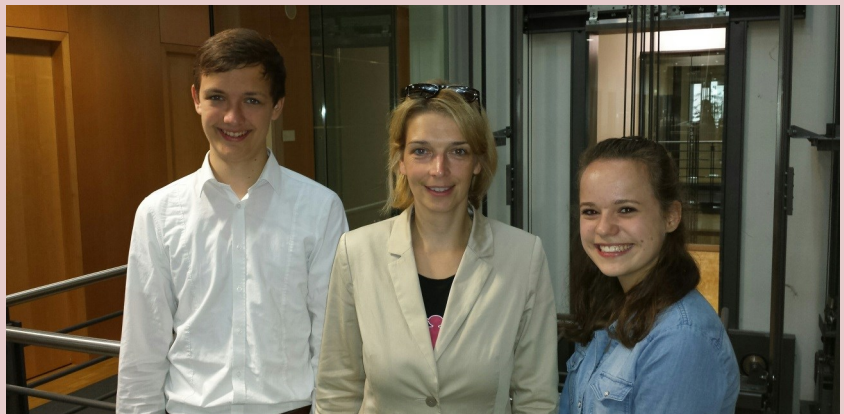
„Alles in allem begrüße ich die Regelungen, weil sie vor allem Rechtssicherheit geben“, so Stadler. „Hätte der Bundestag jetzt nicht ein Verbot unkonventionellen Frackings beschlossen, wären die Behörden unter Umständen gezwungen gewesen, Genehmigungen zum Bohren an Unternehmen zu vergeben. Das galt es zu verhindern. Ich möchte gleichzeitig klarstellen, dass mir die Energiewende und der Umstieg auf Erneuerbare Energien am

Herzen liegen. Langfristig muss es das Ziel sein, nicht nur auf Fracking zu verzichten, sondern auf fossile Energieressourcen insgesamt. Bedanken möchte ich mich ausdrücklich bei den Bürgerinnen und Bürgern und bei der lebendigen Zivilgesellschaft, die mit ihrem stetigen Einsatz den Boden für diese Lösung bereitet haben.“

Nein heißt Nein!

Der Bundestag hat entschieden: der Grundsatz „Nein heißt Nein“ wird im Strafrecht verankert. Künftig wird jede Form der nicht einvernehmlichen sexuellen Handlung unter Strafe gestellt. Das ist ein Paradigmenwechsel im Sexualstrafrecht. Svenja Stadler: „Es war ein langer Weg. Wir schließen mit der Gesetzesänderung Lücken im geltenden Strafrecht und stärken das Selbstbestimmungsrecht von Frauen. Es ist ein großer Erfolg, dass wir trotz der Widerstände in der Union eine gute Lösung gefunden haben.“ Eine Modernisierung des Sexualstrafrechts wurde lange diskutiert, die SPD hatte sich immer für die Reform eingesetzt.

Zu Besuch im Bundestag



Gleich zwei Schülerpraktikanten hatten jetzt Gelegenheit, den Bundestag aus nächster Nähe zu erleben: Cedric Meyer aus Buchholz und Paula Lehrling aus Neu Wulmstorf begleiteten Svenja Stadler eine Woche lang und erhielten exklusive Einblicke in die Arbeit einer Bundestagsabgeordneten.

„Wohnen für alle ermöglichen“

Dass im kommenden Herbst in der Stadt Buchholz die Mietpreisbremse eingeführt wird, ist so gut wie sicher. „Aus sozialdemokratischer Sicht hätte ich eine pauschale bundesweite Einführung am liebsten gesehen“, sagte Dennis Rohde, SPD-Bundestagsabgeordneter aus Oldenburg. Nun obliege es den einzelnen Bundesländern, wo und wann sie sie einsetzen. Auf Einladung Svenja Stadlers informierte Rohde, Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, in der Kantine des Buchholzer Rathauses über die Funktion einer Mietpreisbremse. „Die enorme Diskrepanz zwischen den Bestandsmieten und den Angebotsmieten ist das Hauptargument für die Einführung der Mietpreisbremse“, so Rohde. Allein in 28 Regionen Niedersachsens lägen die Mieten bei über 7,30 Euro pro Quadratmeter. Hier müsse man eingreifen, um in Zukunft Wohnen für alle zu ermöglichen. Hier



Die Bundestagsabgeordneten Dennis Rohde und Svenja Stadler mit Jan-Hendrik Röhse (r.), Bürgermeister der Stadt Buchholz.

sieht auch die Niedersächsische Landesregierung Handlungsbedarf. Mit dem Bundesgesetz zur Mietpreisbremse wurde die Grundlage geschaffen. Nun sei es Aufgabe der Bundesländer, die Regionen entsprechend auszuweisen und eine Verordnung zu erlassen.

„Die Mietpreisbremse greift nur bei Wiedervermietungen“, betonte

Rohde. „Dann darf der Mietpreis nur zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen.“ Dass dies Instrument vorwiegend bei kleineren Wohnungen greifen wird, gestand Rohde gerne ein.

Buchholz' Bürgermeister Jan-Hendrik Röhse gab zu Bedenken, dass die Nordheidestadt vergleichsweise wenig Bestandswohnungsbau zu verzeichnen habe. Einen gewissen Zweifel an der Notwendigkeit bzw. Sinnhaftigkeit einer Mietpreisbremse konnte er deshalb nicht verhehlen. „Mit ist wichtig, vor allem den sozialen Wohnungsbau voranzutreiben“, so Röhse.

Von den Gästen der Informationsveranstaltung wurde ferner die Frage nach der ortsüblichen Vergleichsmiete aufgeworfen. Für Buchholz existiere kein Mietspiegel. Woran solle man sich also orientieren? Wenn die Verordnung des Landes vorliege, werde man im Rat über Lösungen beraten, so der Bürgermeister.

Aufgeschnappt

„Jeder Mensch bereitet uns auf irgendeine Art Vergnügen: Der eine, wenn er ein Zimmer betritt, der andere, wenn er es verlässt.“

Hermann Bang (1857-1912), dän. Schriftsteller

Impressum

Svenja Stadler, MdB
Markstraße 34
21423 Winsen
Tel.: (0 41 71) 6 92 90 90
Fax: (0 41 71) 6 92 90 99
Email: svenja.stadler@bundestag.de



Redaktion

Berliner Büro:
M. Delius/
A. Knobloch-Minlend
Wahlkreisbüro:
F. Augustin/A. Wolter-Deibele/
L. Ritz

Hungrige Hühner an der Wassermühle

Ferien auf dem Bauernhof? Nicht ganz. Beim durchaus beruflich motivierten Besuch der Wassermühle Karoxbostel (Mal schauen, wie die ehrenamtliche Arbeit vorankommt? Antwort: alle Achtung!) machte Svenja Stadler Bekanntschaft mit den



Das ließ sich kein Huhn in Karoxbostel entgehen: die Fütterung aus der Hand der Bundestagsabgeordneten.

„Mühlen-Hühnern“. Das gackern-de Fußvolk ließ sich nicht lange bitten und fraß der Abgeordneten ungeniert aus der Hand. Bis auf die letzte Haferflocke. „Es kneift

ein wenig in den Handflächen“, so Stadler. „Ist aber ein tolles Erlebnis – auch für Kinder.“ Wenn in den Ferien also noch Zeit ist: Nix wie hin zur Mühle!